

Vom Völkermord zum Flächenbrand

Der Genozid in Rwanda und die anhaltende Gewalt im Osten Kongo-Kinshasas sind eng miteinander verbunden

Auf den Massenmord in Rwanda folgten die Kongo-Kriege. Die Region der Grossen Seen kommt auch nach zwei Jahrzehnten der Gewalt nicht zur Ruhe.

David Signer, Volker Pabst

1994 wurde in Rwanda der schrecklichste Massenmord seit Ende des Zweiten Weltkriegs verübt. Die Tragödie hat Auswirkungen bis heute, nicht nur in Rwanda, sondern vor allem auch im Nachbarland Kongo-Kinshasa. Die Kriege, die seit zwanzig Jahren im Osten des Riesenlandes wüten, sind eine indirekte Folge des Genozids. Selbst jüngste Ereignisse wie der kürzliche Sieg über die mutmasslich von Rwanda unterstützte Rebellengruppe M23 sind nicht verständlich ohne einen Blick auf den Völkermord vor zwei Jahrzehnten.

Tutsi und Hutu

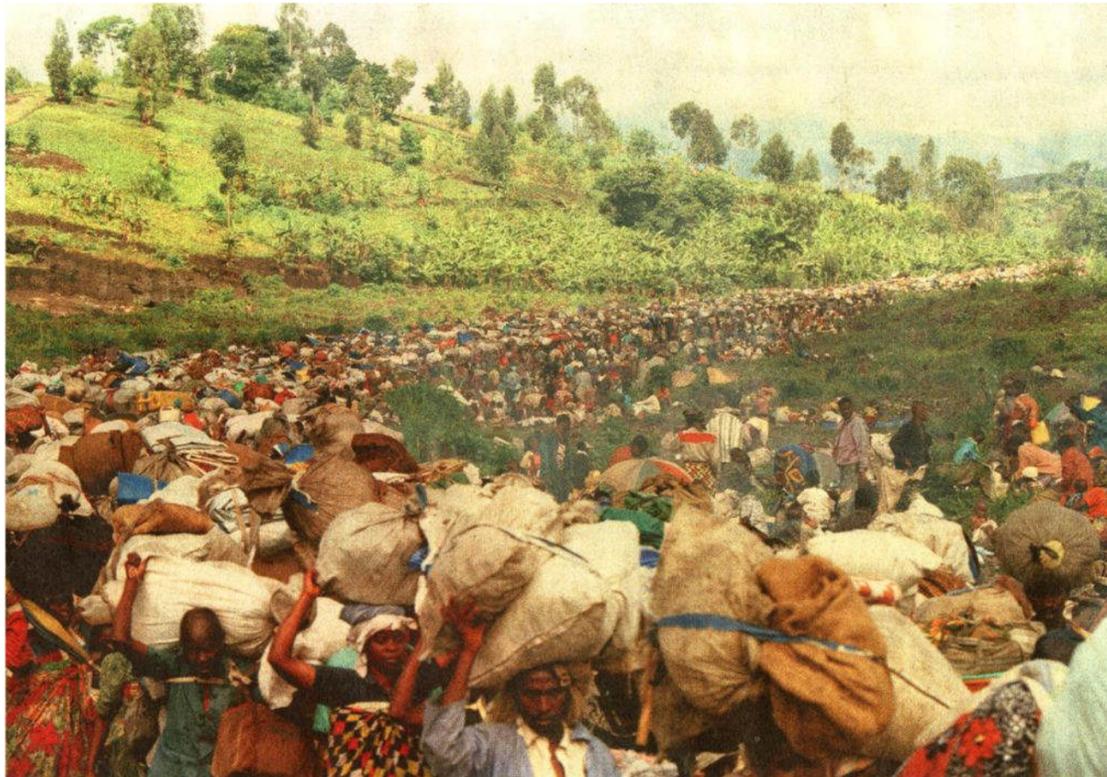
Traditionellerweise hatten in Rwanda die Viehzucht treibenden Tutsi die Macht inne. Die deutschen und später belgischen Kolonialisten unterstützten sie vorerst, bis nach dem Zweiten Weltkrieg Unabhängigkeitsforderungen laut wurden. Danach wechselten die Belgier die Allianzen und förderten die Hutu. Der erste Präsident des Landes war ein Hutu, die Repression gegen Tutsi nahm zu. Seit den sechziger Jahren flohen viele Tutsi vor staatlich geduldeten Massakern ins benachbarte Uganda.

Im April 1994 wurde das Flugzeug mit dem rwandischen Präsidenten, dem Hutu Juvénal Habyarimana, abgeschossen. Die extremistische Hutu-Power schob den Tutsi die Schuld in die Schuhe, übernahm die Macht und rief zum Völkermord auf, den sie durch Propaganda und die Verteilung von Macheten systematisch vorbereitet hatte. Innerhalb von drei Monaten wurden 800 000 Menschen umgebracht, drei Viertel aller Tutsi; aber es waren auch Tausende von gemässigten Hutu unter den Massakrierten. Belgische Truppen waren vor Ort; aber als zehn Soldaten getötet wurden, zog Brüssel sie ab. Die Mörder waren nur mit Hacken und Macheten bewaffnet; es hätte wenig gebraucht, sie zu stoppen. Aber die 2500 Uno-Soldaten im Land schossen nicht einmal in die Luft. Wie später in Srebrenica «beobachteten» sie und schrieben Rapporte. Alle Bemühungen um eine Erweiterung des Mandats wurden vom Verantwortlichen, dem späteren Uno-Generalsekretär Kofi Annan, abgelehnt.

Erst viele Wochen nach Beginn des Mordens intervenierte Frankreich. Die «mission turquoise» ist aber bis heute umstritten. Abgesehen von der Rettung von Landsleuten deckte die französische Armee vor allem die Hutu. Inzwischen rückten nämlich die in Uganda exilierten Tutsi, die sich zur Rwandan Patriotic Front zusammengeschlossen hatten, von Norden her vor, um die Hutu-Power zu stürzen. Die Franzosen bremsen den Vormarsch, die Drahtzieher des Völkermords, die «génocidaires», konnten nach Zaire entweichen.

Dort gerieten die Flüchtlingslager bald unter die Kontrolle der Hutu-Milizen, die ihre Propaganda weiterführten und die Rückeroberung Rwandas planten. In diesem Moment wurde die Uno — auch aus schlechtem Gewissen über das Versagen in Rwanda — aktiv und pumpte Millionen in die Zeltstädte; Geld, das vor allem in die Taschen der Hutu-Führer floss. Derweil forderte die neue Regierung in Kigali die Auflösung der Lager, die eine reale Gefahr für Rwanda darstellten. Die Uno sah es jedoch als humanitäre Pflicht an, die Lager so lange als möglich aufrechtzuerhalten und die Rückkehr aufzuschieben.

Durch die Ankunft von über einer Million Hutu aus Rwanda nahmen auch in Ostkongo die ethnischen Spannungen zu. Um die Tutsi in der Region zu schützen und um der geflohenen «génocidaires» habhaft zu werden, aber auch um durch den Sturz des zairischen Präsidenten Mobutu den eigenen Ein-



Hunderttausende von Hutu kehren 1996 vom Mugunga-Flüchtlingslager in Ostkongo nach Rwanda zurück.

DAVID GUTTENFELDER / AP

fluss in der rohstoffreichen Region zu sichern, marschierten im Sommer rwandische und ugandische Truppen in Zaire ein. Der erste Kongokrieg begann. Bei Angriffen auf die Lager kam es zu zahlreichen Massakern an Hutu und in den folgenden Kriegsjahren zu unzähligen Opfern unter der — mehrheitlich den Hutu nahestehenden — ostkongolischen Bevölkerung. Deshalb ist aus der Sicht der Hutu das eigene Leid durchaus mit demjenigen der Tutsi im Völkermord vergleichbar. Diese wiederum werfen der Weltgemeinschaft vor, für die Hutu-Flüchtlinge riesige Hilfsprogramme bereitgestellt zu haben, während des Genozids aber untätig geblieben zu sein.

Afrikas Weltkrieg

Den rwandischen und ugandischen Truppen schlossen sich zahlreiche lokale Rebellengruppen an, und im Mai 1997 wurde Kinshasa eingenommen. Mobutu floh nach Marokko, und der ostkongolische Rebellenführer Laurent Désiré Kabila ernannte sich zum neuen Präsidenten Zaires, das in «République Démocratique du Congo» umbenannt wurde. Ohne nennenswerte eigene Machtbasis wurde Kabila allerdings als Lakai Rwandas wahrgenommen und geriet immer stärker unter Druck, sich von Kigali zu distanzieren.

Zum offenen Bruch kam es im Sommer 1998, was den zweiten Kongokrieg einleitete. Im Osten des Landes unterstützte Rwanda die Bildung neuer Rebellengruppen, die rasch grosse Gebiete unter ihre Kontrolle brachten. Kabila suchte Unterstützung im Ausland. Angola, Simbabwe und Namibia sandten

Truppen nach Kongo-Kinshasa, auch der Sudan, Tschad und die Republik Zentralafrika halfen Kabila. Aufseiten der Rebellen griffen neben Rwanda auch Uganda und Burundi ein. Das Engagement der Nachbarstaaten hatte unterschiedlichste Gründe: Interesse an den Bodenschätzen Kongos (Simbabwe, Rwanda, Uganda), Angst vor einer Ausbreitung des Kriegs (Tschad, Zentralafrika) oder Konflikte zwischen involvierten Drittländern (der Sudan kämpfte vor allem gegen Uganda). An-



gesichts der internationalen Verwicklungen wird auch von «Afrikas Weltkrieg» gesprochen.

Das Abkommen von Pretoria beendete 2002 den zweiten Kongokrieg. Eine Koalitionsregierung mit Einbezug der Rebellen wurde gegründet. Die Uno lancierte einen ihrer grössten Militäreinsätze, um den labilen Frieden zu sichern. Im Osten des Landes gelang dies allerdings nie. Rebellen um den berüchtigten General Laurent Nkunda,

einen kongolischen Tutsi mit guten Beziehungen nach Rwanda, führten gegen die kongolische Armee und die im Land verbliebenen rwandischen Hutu-Rebellen (FDLR) Krieg, deren Führungsriege zum Teil immer noch aus «génocidaires» besteht. Die Bodenschätze in Ostkongo spielten im Konflikt aber eine ebenso grosse Rolle wie ethnische Fragen. Erneut beteiligten sich auch wieder zahlreiche lokale Rebellengruppen an den Kämpfen.

Giftige Mischung

Das Abkommen von Goma sollte die Gewalt in Ostkongo beenden. Über dreissig Gruppen stimmten 2008 einer Eingliederung in die nationale Armee zu. Diese lancierte in den Folgejahren mehrere Grossoffensiven, um die letzten FDLR-Truppen aus Kongo zu vertreiben, was aber nie gelang. Zudem traten in der heterogenen Armee alte Spannungen an die Oberfläche. Zahlreiche Rebellengruppen begannen wieder unabhängig von der Armeeführung zu agieren. So nahm die Gruppe M23 2012 vorübergehend Goma ein.

Bis heute ist Ostkongo gefangen in einem Konflikt, der sich aus einer giftigen Mischung aus ethnischen Spannungen, dem Wettstreit um Rohstoffe, aus staatlichem Versagen und ausländischer Einmischung nährt. Unter der seit zwei Jahrzehnten dauernden Gewalt hat die Zivilbevölkerung am stärksten zu leiden. Die oft kolportierten Zahlen von fünf Millionen indirekten Kriegstoten sind schwer nachzuprüfen und vielleicht auch übertrieben. Dass die Kriege Ostkongo zu einer Hölle auf Erden gemacht haben, bezweifelt kaum jemand.

Die Untätigkeit der Uno und das Prinzip der Schutzverantwortung

pab. • Der Völkermord in Rwanda stellt eines der unrühmlichsten Kapitel in der Geschichte der Uno dar. Mit relativ geringem Aufwand hätte eine Eingreiftruppe gegen die Täter, die hauptsächlich mit Hieb- und Stichwaffen ihre Opfer töteten, vorgehen können. Doch dafür fand sich in New York keine Mehrheit. Die Euphorie nach dem Ende des Kalten Krieges war verflogen, als man glaubte, eine endlich handlungsfähige Uno werde massgeblich zur Verhinderung von Krieg und Leid beitragen.

Bereits eine der ersten humanitären Interventionen erlitt Schiffbruch. 1993 sollte unter amerikanischer Führung in Somalia die öffentliche Ordnung wiederhergestellt werden. Nachdem in Mogadiscio 18 amerikanische Soldaten getötet worden waren, zog Washington seine Truppen allerdings umgehend ab. Die

öffentliche Unterstützung für den Einsatz war vollständig weggebrochen. Die Bereiter des Genozids in Rwanda setzten auf dieselbe Dynamik, als sie gezielt zehn belgische Soldaten töteten. Tatsächlich zog Brüssel kurz darauf seine Truppen ab, kein Land war mehr bereit, seine Soldaten einem Risiko auszusetzen. Die Völkermörder hatten freie Bahn.

Angesichts des neuerlichen Versagens der Uno in Bosnien, wo unter den Augen von Blauhelmsoldaten in Srebrenica 1995 Tausende von Muslimen getötet wurden, wuchs die Kritik an der internationalen Untätigkeit. Der Ruf nach stehenden Eingreiftruppen, die unabhängig von der politischen Stimmungslage einsatzbereit sind, wurde lauter. Zudem entwickelte sich eine Denkrichtung, die den Widerspruch zwischen dem nationalen Souveränitätsprinzip

und der moralischen Handlungspflicht bei gravierenden Menschenrechtsverletzungen aufzulösen suchte. Falls ein Land nicht mehr in der Lage ist, seine Bevölkerung zu schützen, so das Prinzip der Schutzverantwortung, verwirrt es sein Souveränitätsrecht, und Dritte, insbesondere die Uno, dürfen intervenieren.

Nach dieser Logik griff die Nato 1999 im Kosovokrieg gegen Serbien militärisch ein. Weil der Einsatz ohne Uno Mandat erfolgte, ist er bis heute allerdings stark umstritten. Die Schutzverantwortung wurde als Prinzip später von nahezu allen Staaten anerkannt, ihre Anwendung bleibt aber kontrovers. Denn bei humanitären Interventionen steht der Verdacht eines machtpolitischen Missbrauchs immer im Raum. So hat laut dem Kreml der Westen die vom Sicherheitsrat beschlossene Intervention 2011

Gewalt und Gegengewalt

Rwandas riskante Sicherheitspolitik

David Signer • Wie so oft, ist auch im Falle von Rwanda und Kongo-Kinshasa die Gewalt nur verständlich, wenn man sich die Ohnmacht vor Augen führt, die ihr vorausging. Innerhalb von hundert Tagen wurden 800 000 Menschen — mehrheitlich Tutsi — von fanatisierten Hutu niedergemetzelt. Alles, was dem damaligen französischen Präsidenten Mitterrand dazu einfiel, war: «In solchen Ländern ist Völkermord nicht allzu wichtig.» Nicht nur, dass die Franzosen bei ihrer «Opération turquoise» die Hutu, also die Täter, deckten; bis heute versuchen sie, den Opfern, also den Tutsi, die Schuld am Genozid zuzuschreiben, indem sie behaupten, diese hätten das Flugzeug mit dem Hutu-Präsidenten Habyarimana abgeschossen. Noch die jetzige Botschaft des französischen Verteidigungsministers Le Drian zu den Genozid-Gedenkfeiern trieft vor selbstgerechtem Pathos. Viel ist die Rede von der Ehre der französischen Armee, wenig von den Tutsi, den Opfern. Selbstkritik sucht man mit der Lupe.

Wen wundert's, dass sich Rwanda und sein Präsident Kagame, von der Welt im Stich gelassen, in der Folge wenig um die Meinung von Frankreich, Belgien oder der Uno scherten und sich mehr auf die eigene Kraft und vor allem ihre Armee verliessen? Sie drangen in Kongo-Kinshasa ein, um Hutu-Milizen zu bekämpfen, die von dort aus weiter Jagd auf Tutsi machten. Sie marschierten schliesslich mit Laurent Désiré Kabila bis in die 1500 Kilometer entfernte Hauptstadt Kinshasa, um Mobutu zu stürzen, der die Hutu unterstützte. Natürlich gibt es auch den handfesten Hunger nach Rohstoffen; aber letztlich sind die Unterstützung der diversen Rebellengruppen in Ostkongo durch Rwanda, die zunehmend autokratischen Züge Kagames und die Einschüchterung Andersdenkender historisch nur nachvollziehbar vor dem Hintergrund des traumatisierenden Genozids. Ohnmacht und Angst, die bei den Überlebenden zu extremem Sicherheitsbedürfnis; Verhärtung und Fixierung auf Stärke und Verteidigung führen, die als Überkompensation der ursprünglichen Schwäche verstanden werden müssen, die man auf keinen Fall jemals wieder erleben soll — das ist der psychische Stoff, aus dem die Geschichte der Tutsi und Rwandas gemacht ist, ähnlich jener der Juden und Israelis.

Tragisch ist, dass Einigung und Militarismus oft zu Gegengewalt führen, die dann die Wagenburgmentalität noch verstärkt. Ein Teufelskreis. Denn mit der offensivdefensiven Haltung provoziert man genau die Aggression, vor der man sich schützen wollte. Paradoxerweise produziert übertriebene Sicherheitspolitik oft neue Risiken. Bei allem Verständnis für die leidvolle Geschichte bekommt auch Rwanda nun zunehmend die Rechnung präsentiert für seine Manöver nach dem Motto «Angriff ist die beste Verteidigung» in Ostkongo.

in Libyen missbraucht, um sich Ghadafis zu entledigen. In Syrien argumentierte Moskau gegen eine Intervention, dass auch hier die Giftgasangriffe nur als Vorwand für westliche Interessenpolitik benützt würden. Zur Begründung des Kriegs gegen Georgien und einer möglichen Intervention in der Ostukraine hat sich der Kreml allerdings selbst der Schutzverantwortung bedient, was diesmal im Westen scharf verurteilt wurde.

Das Dilemma um humanitäre Interventionen bleibt ungelöst. Jüngst warnte Uno-Generalsekretär Ban vor einer Wiederholung der rwandischen Tragödie in Zentralafrika. Denn ungeachtet geopolitischer Spannungen gilt: Je ferner der Schauplatz grausamer Verbrechen, desto geringer die Bereitschaft, zu deren Verhinderung ein Risiko einzugehen. Und Zentralafrika ist für fast alle sehr weit weg.